

"Die Landwirtschaft auf europäischem Feld" in Süddeutsche Zeitung

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHÖNINGH, Dr. Franz Josef; SCHWINGENSTEIN, August ; Herausgeber FRIEDMANN, Werner. 23.-24.08.1958, n° 202; 14. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"die_landwirtschaft_auf_europaischem_feld"_in_suddeutsche_zeitung-de-08762b93-ca30-40ab-9f6d-4d57e6c9b937.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Die Landwirtschaft auf europäischem Feld

Zwischen den Konferenzen von Stresa und Wien / Agrarpolitische Flurbereinigung notwendig

Von unserem Mitarbeiter Heinz Haushofer

München, im August

Das Ergebnis der ersten Agrarkonferenz der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Stresa ist von verschiedenen Standpunkten aus kommentiert worden. Wohl der wichtigste dieser Kommentare war in einem noch nicht veröffentlichten Brief enthalten, den der (offiziell nun so genannte) „grand old man“ Hermes an Lübke geschrieben hat. Hermes schrieb ihn in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralausschusses der deutschen Landwirtschaft; er wählte also die breiteste Basis, die ihm zur Verfügung stehen konnte. Sie umfaßt nicht nur den Deutschen Bauernverband, sondern auch den Raiffeisenverband, den Verband der deutschen Landwirtschaftskammern und die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft.

Man darf als sicher annehmen, daß Lübke eine solche Stellungnahme der Landwirtschaft zum Schluß-Communiqué von Stresa erwartet hat; weiterhin, daß er sie sich nicht in allen Teilen zustimmend erwarten durfte. Denn in Stresa sind zu tiefgehende Probleme angeschnitten worden, und auch die Formulierungen des Schluß-Communiqués sind zu mehrdeutig gewesen. Gegenfragen kann nicht ausgewichen werden, auch wenn sie in der Art der von Hermes gestellten sehr "zivil" ausfallen.

Worum geht es? Von der Seite des handelspolitischen Liberalismus wird an dem Ergebnis von Stresa kritisiert, daß es im Sinn des angestrebten innereuropäischen Freihandels zu lax und lau, zu protektionistisch und zu dirigistisch sei. Eine ebenso scharfe Kritik ist vom entgegengesetzten agrarischen Flügel geäußert worden: das Ergebnis sei unbefriedigend und beunruhigend, wenn nicht gar gefährlich. Diesen beiden Extremfällen der Kritik entspricht dann entweder eine offensive Haltung gegenüber den „ewigen Ausnahmen für die Agrarier“, oder, bei der Landwirtschaft, ein Rückzug auf sture Verteidigungshaltung, der der Sache ebensowenig dienlich ist.

In der Diskussion um den Gemeinsamen Markt für Agrarerzeugnisse ist es fast üblich geworden, die Blicke von der so wenig beliebten Gemeinsamen Marktordnung der EWG abzuwenden und nach der kommenden Freihandelszone zu richten - als ob von dort alles Heil zu erwarten wäre. Demgegenüber muß darauf verwiesen werden, daß auch der bisherige Verlauf der Verhandlungen über die Freihandelszone *auf dem agrarischen Felde kein wesentlich anderes Bild bietet*, als wir es von den Verhandlungen über die EWG und zuletzt von Stresa her kennen.

Auch der Gedankenaustausch über die Stellung der landwirtschaftlichen Märkte in der Freihandelszone sieht „Ordnungen“ und feste Beziehungen vor. In diesem Fall ist es nun keineswegs deutscher Einfluß oder Rücksicht auf die deutsche Landwirtschaft, die zu derartigen Rücksichten zwingen. Es ist die Landwirtschaft Großbritanniens, es sind die Systeme der Skandinavier, es sind die klassischen Bergbauernländer Schweiz und Österreich, die am meisten solche Ordnungen erzwingen. Man sollte sich darüber im klaren sein, daß die Errichtung der Freihandelszone und im besonderen die Einbeziehung der Agrarmärkte in diese voraussichtlich keine grundsätzlich anderen Lösungen bringen wird, als wir sie von der EWG her kennen.

Das ist für manche eine Enttäuschung; von anderen wird es mit einem Achselzucken quittiert werden: „Wir haben es nicht anders erwartet...“ Manche werden aber die Erkenntnis daraus ziehen, daß die Übereinstimmung von Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft und Freihandelszone gegenüber dem Grundproblem der Agrarmärkte nicht nur das Ergebnis eifriger Arbeit agrarischer Interessenvertretungen sein muß, sondern vielleicht *Notwendigkeiten ausdrückt*.

Das nächste agrarpolitische Ereignis, das auf uns zukommt, ist die Generalversammlung des Verbandes der Europäischen Landwirtschaft (CEA) in Wien, die vom 15. bis 20. September tagt. Sie wird vom Präsidenten der CEA, Hermes, geleitet. Zur Kennzeichnung dieser Generalversammlung genügt der Hinweis, daß die Teilnehmer in diesem Fall nicht allein aus den EWG-Staaten kommen. Dementsprechend referiert als erster,

als Vertreter des gastgebenden Landes, der österreichische Nationalrat Grießner über die Probleme der Bergbauernwirtschaft, und der Schweizer Professor Howald über das nicht minder grundsätzliche Thema: Wettbewerbsordnung und Landwirtschaft.

So werden in Wien also vor einem Forum, das nicht EWG-gebunden ist, die beiden großen Themen aufgeworfen werden, die wir auch von Stresa her kennen: das Problem der an der Grenze der Rentabilität arbeitenden *Grenzbetriebe* (siehe im übrigen auch das deutsche Kohle-Problem) und das Problem der *Marktordnungen*. Gerade die Frage der Grenzbetriebe ist der härteste Prüfstein für agrarpolitische Überzeugungen. Es liegt auf der Hand, daß es in seiner Tragweite von den Ländern mit günstigeren klimatischen und bodenphysiologischen Verhältnissen nicht begriffen werden kann. Infolgedessen ist es die Aufgabe der Länder mit ungünstigen Verhältnissen, wie der Bundesrepublik und besonders auch *Bayerns*, auf eine Bereinigung der Begriffe zu drängen, ehe mit allgemeinen Erklärungen etwa über das Aufgeben der Grenzbetriebe oder sogar das „Aufgeben von Gebieten chronischer Grenzproduktion“ Unheil angerichtet wird.

Jeder Kundige, der einen Überblick über das bayrische Land versucht hat, kann unsere „Gebiete chronischer Grenzproduktion“ sofort benennen. Er wird durch das Ergebnis von Stresa mit uns vor die Frage gestellt: Sollen sie aufgegeben werden? – oder wie ist ihnen sonst zu helfen?

Die deutsche Landwirtschaft ist sich darüber im klaren, daß ihre Vertretung auf der Ebene der EWG in Brüssel das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist. *Lübke* ist also der Gesprächspartner, an den sich jede legitimierte Vertretung der Ernährungs- und Landwirtschaft wenden muß, wenn sie auf die Kommission der EWG in Brüssel Einfluß nehmen will. Die Kommission der EWG ist nun im Besitz der Beschlüsse von Stresa und sie wird – wenn wir die Tatkraft der Hauptbeteiligten richtig einschätzen – sehr schnell an die Arbeit gehen wollen. Auch die europäischen Parlamentarier haben sie zu schneller Arbeit verpflichtet. Stresa hat eine Reihe von konkreten Aufträgen an die Kommission gegeben. Es sei nur an das Problem des europäischen Getreidepreises erinnert.

Für den Herbst ist also, wenn auch nicht mit Entscheidungen, so doch mit sehr wichtigen Fühlungen zu rechnen. Hinzu kommt die bevorstehende Berichterstattung der deutschen Gruppe der „Europäischen Parlamentarier“ vor dem Bundestag, die gleichfalls sehr bald nach dem Ende der Sommerferien zu erwarten ist. Ganz nebenbei ergibt sich – neben den fachlichen Aufgaben, die in Stresa nur angedeutet worden sind – eine organisatorische Koordinierungsaufgabe ersten Ranges für alle Beteiligten.